



BEBAUUNGSPLAN (Satzung)

für das Gebiet zwischen St. Aveloder-Straße und den Flurstücken nordwestlich des Deutschen Wäges sowie zwischen Blumenfeld und einer Linie 70 m südwestlich der Mainelstraße.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2256) zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Juli 1979 (BGBl. I S. 949) gem. § 2 (1) dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Stadtrates vom 16.06.1978 beschlossen.

Die ortsübliche Bekanntmachung über den Beschluß des Stadtrates zur Nukerung des Bebauungsplanes erfolgte am 22.09.1978

Die Ausarbeitung des Bebauungsplanes erfolgt durch die Kreisstadt Saarlouis - Dezernat für Bau- und Vermessungswesen - Abt. Stadtplanung

VERFAHRENSVEREINBAR

Für die Verfahrensdurchführung und die Festsetzungen des Bebauungsplanes gelten:

- die §§ 1,2,2a, 8, 9, 10, 11, 12 und 13 a des BBauG vom 18. Aug. 1976 (BGBl. I S. 2257 i.d.F. vom 6. Juli 1979 (BGBl. I S. 949)
- die Baunutzungsverordnung - BaunVO - in der Neufassung vom 15. September 1977 (BGBl. I S. 1763 ff. vom 20. September 1977)
- die Flächennutzungsverordnung - FlächVO - in der Fassung vom 30. Juli 1981 (BGBl. I S. 833 ff. vom 22. August 1981)
- die Bauordnung für das Saarland - BO - in der Fassung vom 19. März 1980 (Amtsblatt des Saarlandes, Seite 514 ff)
- der § 12 des Kommuneleitungsverwaltungsgesetzes -KVG- in der Neufassung vom 1. Sept.1978 (Amtsblatt des Saarlandes, Seite 801 ff)

Festsetzungen gemäß § 9 (1) und 7) des Bundesbaugesetzes

1. Geltungsbereich des Bebauungsplanes  
2. Art der baulichen Nutzung  
2.1 Baugebiet  
2.1.1 zulässige Anlagen  
2.1.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen  
2.2 Baugebiet  
2.2.1 zulässige Anlagen  
2.2.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen  
2.3 Baugebiet  
2.3.1 zulässige Anlagen  
2.3.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen  
3. Maß der baulichen Nutzung  
3.1 Zahl der Vollgeschosse  
3.2 Grundflächenzahl  
3.3 Geschosflächenzahl  
3.4 Bauweisezahl  
3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen  
4. Bauweise  
5. Überbaubare Grundstücksflächen  
6. nicht überbaubare Grundstücksflächen  
7. Stellung der baulichen Anlagen  
8. Mindestgröße der Baugrundstücke  
9. Mindestbreite der Baugrundstücke  
10. Mindesttiefe der Baugrundstücke  
11. Flächen für Nebenanlagen, die aufgrund anderer Vorschriften für die Nutzung von Grundstücken erforderlich sind  
11.1 Spiel-,Freizeit- und Erholungsflächen  
11.2 Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihre Einfahrten  
11.3 Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihre Einfahrten  
12. Höhenlage der baulichen Anlagen  
13. Flächen für den Gemeinbedarf  
14. Überwiegend zur Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen  
15. Flächen, auf denen ganz oder teilweise nur Wohngebäude, die mit Mitteln des sozialen Wohnbaus gefördert werden können, errichtet werden  
16. Flächen, auf denen ganz oder teilweise nur Wohngebäude errichtet werden dürfen, die für Personengruppen mit besonderem Wohnbedarf bestimmt sind  
17. den besonderen Nutzungszweck von Flächen, der durch besondere städtebauliche Gründe erforderlich wird  
18. Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind, und ihre Nutzung  
19. Verkehrsflächen, sowie Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung, wie Fußgängerbereiche, Flächen für das Parkieren von Fahrzeugen, sowie den Anschluss anderer Flächen an die Verkehrsflächen  
20. Bfyanlage der anbahnenden Verkehrsflächen sowie der Anschluss der Grundstücke an die Verkehrsflächen  
21. Versorgungsflächen  
22. Führung von Versorgungsleitungen  
23. Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen, sowie für Ablagerungen  
24. Öffentliche und private Grünflächen, wie Parkanlagen, Gärtnereibereiche, Sport-, Spiel-, Zeit- und Bepflanzungsflächen, Friedhöfe  
25. Wasserflächen, sowie Flächen für die Wasserversorgung, für Hochwasserschutzanlagen und für die Beseitigung des Wasserabflusses, soweit diese Festsetzungen nicht nach anderen Vorschriften getroffen werden können  
26. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschichten  
27. Flächen für die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft  
28. Flächen für die Errichtung von Anlagen für die Kleintierhaltung, wie Ausstallungs- und Haltungsliegen, Ziegen, Koppeln und dergleichen  
29. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung der Landschaft, soweit solche Festsetzungen nicht nach anderen Vorschriften getroffen werden können  
30. mit Geb.-, Fahr- und Leitungsrechten belastete Flächen, die durch Verkehrsflächen oder durch geschützten Personennahbereich zu bebaubare Flächen  
31. Flächen für Gemeinschaftsanlagen für bestimmte räumliche Bereiche wie Kinderspielplätze, Freizeitanlagen, Spielplätze und Garagen

12. Gebiete, in denen bestimmte, die Luft erheblich verunreinigende Stoffe nicht verwendet werden dürfen  
13. Die von der Bebauung freizuhaltenden Schutzflächen und ihre Nutzung, die Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen, zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes sowie die zum Schutz vor solchen Einwirkungen oder zur Vermeidung oder Milderung solcher Einwirkungen zu treffenden Vorkehrungen  
14. Für einzelne Flächen oder für ein Bebauungsplanobjekt oder Teile davon mit Ausnahme der für land- oder forstwirtschaftliche Nutzungen festgesetzten Flächen  
a) das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern  
b) Rücklagen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern  
15. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen und Stützmauern, soweit sie zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind  
Aufnahme von

Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 (4) des Bundesbaugesetzes in der Fassung vom 06. Juli 1979 (BGBl. I S. 949) sowie in Verbindung mit § 113 (6) der Landesbauordnung (LBO) vom 19. März 1978

- Nennzeichnung von Flächen gemäß § 9 (5) BBauG
1. Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen erforderlich sind  
2. Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgefahren erforderlich sind  
3. Flächen, unter denen der Bergbau ungeteilt  
4. Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind
- Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 9 (4) BBauG in der Fassung vom 06. Juli 1979 (BGBl. I S. 949)
1. Die Änderungen der städtebaulichen Festsetzungen gemäß § 2a (2) BBauG erfolgte am 17.11.1983  
2. Dieser Bebauungsplanentwurf hat mit der Begründung gem. § 2a (6) BBauG für die Dauer eines Monats in der Zeit vom 08.08.1983 bis einschließlich 15.09.1983 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausliegen  
Ort und Dauer der Auslegung werden am mit dem Hinweis ortsüblich bekanntgemacht, das Verfahren und Kopiegefrag während der Auslegungsfreist vorgesehen wurden können.  
Saarlouis, den 16.11.1983  
Der Oberbürgermeister  
3. Der Stadtrat hat am 17.11.1983 den Bebauungsplan gemäß § 10 Absatz 1 Satz 1 beschlossen  
Saarlouis, den 16.11.1983  
Der Oberbürgermeister  
4. Dieser Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG  
Saarlouis, den 16.11.1983  
Der Minister für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen  
I.A.

Saarlouis, den 16.11.1983  
Der Oberbürgermeister  
3. Der Stadtrat hat am 17.11.1983 den Bebauungsplan gemäß § 10 Absatz 1 Satz 1 beschlossen  
Saarlouis, den 16.11.1983  
Der Oberbürgermeister  
4. Dieser Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG  
Saarlouis, den 16.11.1983  
Der Minister für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen  
I.A.

Index	Art der Änderung	Datum	Name
<b>KREISSTADT SAARLOUIS</b> <b>AMT FÜR STADTPLANUNG UND HOCHBAU</b>			
Bebauungsplan „St. Aveloder Straße“			
Maßstab		1:1000	
Datum		18. Juli 1983	
Bearbeiter		Juni 1983	
Gezeichnet		Juni 1983	
Freigegeben		Juni 1983	